

Formation

Vernehmlassungsantwort 03.03.2003

Mehr Staat mit der Lehrstellen-Initiative

Der Grundgedanke – Stärkung der Berufsbildung – ist gut, der Weg hingegen problematisch. Auf diesen Nenner lässt sich in etwa das Echo bringen, das die von diversen linken Jugendorganisationen lancierte Lehrstellen-Initiative beim Bundesrat, in den eidgenössischen Räten und in der Wirtschaft gefunden hat. Die Initiative, die am 18. Mai 2003 zur Volksabstimmung kommt, verlangt ein in der Verfassung festgeschriebenes Recht auf berufliche Grundausbildung für alle. Dieses soll durch einen von den Arbeitgebern finanzierten Berufsbildungsfonds abgesichert werden. In den Genuss dieser Gelder kommen hauptsächlich staatliche Bildungsinstitutionen. Die bürgerliche Mehrheit empfiehlt das neue Berufsbildungsgesetz als indirekten Gegenvorschlag zur Annahme. Damit soll die Berufsbildung gestärkt werden, ohne den engen Praxisbezug des dualen Ausbildungssystems in Frage zu stellen.